Handelszeitung

Schuldeingeständnis: UBS muss die Kröte schlucken

Justiz

Für die Manipulationen am Devisenmarkt und den neu aufgerollten Libor-Skandal muss die UBS offenbar weniger hohe Bussen bezahlen als befürchtet. Kaum zu vermeiden ist dafür ein Schuldeingeständnis.

17.05.2015

UBS-Zentrale am Paradeplatz: Die Bank muss ihre Schuld eingestehen. Bloomberg

Presseberichten zufolge sollen Details zu diesem Vergleich am kommenden Mittwoch publik gemacht werden. Es wird mit einer Gesamtbusse von bis zu einer Milliarde US-Dollar gerechnet.

Weniger hoch als erwartet

Die neuen Bussen für die Beteiligung an den Manipulationsskandalen am Zins- und Währungsmarkt dürften sich für die UBS auf höchstens 800 Millionen summieren, schreibt etwa die «NZZ am Sonntag» und bezieht sich dabei auf Informationen gut informierter Kreise.

Selbst eine Gesamtbusse von 500 bis 600 Millionen sei nicht auszuschliessen. Sofern sich im letzten Moment in den Verhandlungen der Bank mit dem Justizdepartement keine dramatischen Änderungen ergeben hätten, käme die UBS somit finanziell besser weg, als von Analysten vorausgesagt.

UBS muss sich schuldig bekennen

Dagegen sei am vergangenen Donnerstag die Hoffnung geplatzt, die Skandale ohne Schuldeingeständnisse abhaken zu können, heisst es im Bericht weiter. Der Chef der Betrugsabteilung im Justizdepartement, Andrew Weissmann, habe erklärt, dass das Abkommen aus dem Jahr 2012 im Libor-Skandal hinfällig sei und sich die UBS nun schuldig bekennen müsse.

Das Schuldeingeständnis würde zivile Schadenersatzklagen erleichtern. Dagegen dürfte die Bank im Devisenskandal, der bis 2013 andauerte, ein Schuldgeständnis vermeiden können.

Schon die zweite Libor-Busse

In der «Sonntagszeitung» spricht man von einer Gesamtbusse für die UBS, die am Mittwoch veröffentlicht werden soll, in der Höhe von knapp einer Milliarde US-Dollar. Für die Affäre um Betrügereien am Devisenmarkt müsse die UBS wohl etwas weniger als 800 Millionen Dollar bezahlen. Für den Libor-Skandal werde eine weitere Busse von 200 Millionen Dollar fällig.

Die erste Busse im Libor-Fall, der das im Jahr 2012 unterzeichnete Non Prosecution Agreement (NPA) mit dem Justizdepartement zugrunde liegt, belief sich zusammen mit der Busse aus der Einigung im Fall von manipulierten Gemeindeanleihen auf 1,6 Milliarden Dollar.

Als erste Bank kooperiert

Gleichzeitig werde sie sich im Fall um die Zinsmanipulationen schuldig bekennen müssen, heisst es im Artikel. Die UBS meldete sich zwar als erste Bank bei der Justiz und erhielt Kronzeugenstatus, der das Schuldeingeständnis eigentlich hätte verhindern sollen.

Doch habe nun die US-Senatorin Elizabeth Warren das Justizdepartement unter Druck gesetzt. Experten gehen davon aus, dass bei einem weiteren grossen Vergehen, die UBS in den USA ihre Lizenzen verlieren könnte.